

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWÖLFTES JAHR
SEPTEMBER 1961

9

Der DGB zur Bundestagswahl

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einstimmig folgende Verlautbarung zur Bundestagswahl 1961 beschlossen:

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Am 17. September 1961 wählt das deutsche Volk den Bundestag, seine höchste Vertretung in der Demokratie. Ihr und Eure Angehörigen, Ihr habt darüber zu entscheiden, wer in den kommenden Jahren das Geschick unseres Volkes bestimmt.

Hunderttausende von Arbeitnehmern und ihre Angehörigen haben 1957 nicht gewählt. Das darf sich nicht wiederholen.

Demokratie bedeutet Recht auf die freie Wahl der Vertreter des Volkes. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, verzichtet auf die Berücksichtigung seiner Meinung und verliert das Recht zur Kritik.

Seid Euch Eurer Verantwortung bewußt, wägt sorgsam, bevor Ihr Euch entscheidet, aber entscheidet Euch!

Wählt nur solche Abgeordneten, die bewiesen haben, daß sie zuverlässige Demokraten sind und für eine fortschrittliche Sozialordnung eintreten. In der Demokratie werden die Gesetze vom Parlament gemacht — von den Abgeordneten, die das Volk sich selbst gewählt hat.

Die Gewerkschaften sind keine politische Partei und wollen es nicht sein — sie sind auch kein Parteiersatz. Die Arbeitnehmer müssen selbst entscheiden, welcher Partei und welchen Kandidaten sie ihre Stimme geben. Die Gewerkschaften haben den Deutschen Bundestag seit seinem Bestehen immer wieder auf seine Verpflichtung hingewiesen, in der Gesetzgebung allen Arbeitnehmern sozialen Fortschritt, wirtschaftliche Sicherheit und persönliche Freiheit zu gewährleisten.

Wesentliche Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurden leider gar nicht oder nur unzureichend erfüllt. Der Einfluß anderer gesellschaftlicher Gruppen war zu stark. Daher bleibt noch viel zu tun, um unser demokratisches Gemeinwesen zu einem wahrhaft sozialen Rechtsstaat auszugestalten.

Vom künftigen Bundestag erwarten die Gewerkschaften insbesondere,

daß er durch eine nachdrückliche Politik zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit beiträgt;

daß er sich für die Erhaltung des Friedens und für eine internationale, allgemeine, kontrollierte Abrüstung energisch einsetzt;

daß für alle Arbeiter im Falle der Krankheit das gleiche Recht wie für die anderen Arbeitnehmer durch volle Lohnfortzahlung vom Arbeitgeber verwirklicht wird;

daß eine fortschrittliche Neuordnung der Krankenversicherung ohne irgendwelche zusätzliche Kostenbeteiligung der Versicherten erfolgt;

daß die Unfallversicherung und die Rentengesetze weiter verbessert und bestehende Ungerechtigkeiten für einzelne Arbeitnehmergruppen beseitigt werden;

daß die Gesundheit und Arbeitskraft der schaffenden Menschen durch Vorbeugung, verbesserten Arbeitsschutz, längeren Mindesturlaub und zielstrebige Wiederherstellungsmaßnahmen gesichert werden;

daß für die Jugend gleiche Startchancen für den bildungsmäßigen Aufstieg durch eine zeitgemäße bundesgesetzliche Regelung der Berufsausbildung, der Ausbildungsbeihilfen und der gesamten Jugendhilfe gesichert und die Mängel im Jugendarbeitsschutzgesetz beseitigt werden;

daß die rechtliche, soziale und materielle Stellung der Beamten verbessert wird;

daß der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch wirksame öffentliche Kontrolle und Ausbau der Kartellgesetzgebung verhindert sowie die Übervorteilung der Verbraucher durch Aufhebung der Preisbindung beseitigt wird;

daß die Verschleuderung von wirtschaftlichem Besitz der öffentlichen Hand aufhört und dieser statt dessen als ein Mittel der Erhaltung der Preisstabilität, des Wettbewerbs und damit auch der Kaufkraftsteigerung genutzt wird;

daß die Steuerpolitik nach sozialen Grundsätzen geändert, die einseitige Förderung großer Vermögen beseitigt und durch eine bessere Eigentumspolitik für den Arbeitnehmer eine gerechte Vermögensverteilung und der ihm zukommende Anteil am Sozialprodukt gesichert wird;

daß ein wirksamer Mieterschutz aufrechterhalten bleibt und der soziale Wohnungsbau nachdrücklich gefördert wird, solange familiengerechte Wohnungen nicht in ausreichendem Maße zu angemessenen Mieten erhältlich sind;

daß die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf die größeren Unternehmen aller Wirtschaftszweige ohne Unterschied der Rechtsform ausgedehnt und die überbetriebliche Mitbestimmung auf paritätischer Grundlage ausgestaltet wird.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Über alle diese Forderungen entscheiden die von Euch zu wählenden Abgeordneten — deshalb sorgt dafür, daß Eure Vertreter in den Bundestag kommen! Vergeudet keine Stimme an Splittergruppen! Nur zuverlässige Demokraten dürfen im Bundestag Sitz und Stimme haben. Hütet Euch vor den offenen und versteckten Feinden der Demokratie — gleichviel, woher sie auch kommen!

Wählt einen Bundestag, der die Bundesrepublik zu einem Musterstaat sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde macht. Ihr helft damit auch den Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und Wiedervereinigung.

Euer Schicksal liegt in Eurer Hand!

Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Bundesvorstand